

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Postfach 12 03 15 · 10593 Berlin

Herrn

Bundesminister des Innern

Dr. Wolfgang Schäuble, MdB

Bundesministerium des Innern

Alt-Moabit 101 D

10559 Berlin

14.03.2006/Jo

Bearbeitet von
Kirstin Walsleben (DST)

Telefon 030/37711-210
Telefax 030/37711-809

E-Mail:
kirstin.walsleben@staedtetag.de

Aktenzeichen
32.48.12 D

Sprachförderung für Migranten

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wie wir der Presse entnommen haben, beabsichtigen Sie, die Mittel für die Integrationsförderung für Migrantinnen und Migranten deutlich zu kürzen. Die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten ist für unsere Gesellschaft insgesamt von zentralem Interesse. Die Befunde der Integration sind in vielen Fällen alles andere als zufrieden stellend. So sind Migrantinnen und Migranten überproportional häufig auf staatliche Transferleistungen angewiesen. Vielfach spielen hier mangelnde Deutschkenntnisse eine entscheidende Rolle. Durch intensive Integrationsmaßnahmen und Sprachförderung könnte hier eine Verbesserung erreicht werden.

Grundsätzlich sehen wir die Notwendigkeit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Doch sollten Kürzungen nicht derart vorgenommen werden, dass sie in der Folge wegen fehlender Eingliederungsfähigkeit der Migranten in den Arbeitsmarkt zu Mehrkosten gerade im Sozialbereich führen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es uns nicht sinnvoll, die ohnehin nicht ausreichenden Mittel für die Integrationskurse zu kürzen. Nach Anlage und Ausstattung waren die Integrationsmaßnahmen ohnehin nicht ausreichend und nicht geeignet, dem Ziel einer nachhaltig verbesserten gesellschaftlichen Eingliederung der Migrantinnen und Migranten in der erforderlichen Intensität gerecht zu werden.

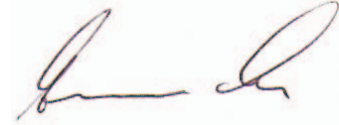
Die bedrückenden Befunde der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von Migrantinnen und Migranten werden auch in Zukunft fortbestehen, wenn nicht der eingeschlagene Weg der konsequenten Integrationsförderung fortgesetzt und weiter verstärkt wird. Die Kommunen sind es, die die Folgen der unzureichenden Integration zu tragen haben.

Wir bitten Sie daher dringend, das Thema Integration weiterhin als Schwerpunkt – so wie im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigt – zu betrachten und von der beabsichtigten Kürzung der Haushaltsmittel abzusehen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Articus
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städtetages



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Landkreistages



Dr. Gerd Landsberg
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes